

Für das Niveau eines großen Teiles der Hauptstädtischen Presse. Genau wie im Kriege glaubt man den Feiern auch die kaudalsten Lügen und die offenkundigsten Verdröhnungen bieten zu können. Wo mehr denn je Wahrheit und Entschiedenheit vonnöten ist, sucht man sich durch verlogene Sentimentalität über die unbequeme Wirklichkeit hinwegzusetzen. Gegenüber dieser ekelhaften Pressenmacht mutet es direkt erschreckend an, wie die offizielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“ den Feiern und Lügneren die Masse vom Gesicht reißt. Ein „Diplomat“ fällt in dem Blatte folgendes Urteil über das baltische Abenteuer:

„Es wäre vermieden worden, wenn die Abenteuer einen Monat früher auf das Gebiet hätten, was sie jetzt füllen müssen; wenn verbrecherische Führer ihnen nicht die Eroberung des Ostens und die Wiedererrichtung des alten Kaiserreichs vom Baltikum her vorgeschrieben hätten, wenn heimliche Kreise sie nicht als Helden gefeiert und als die Siegesbewahrer Nordosteuropas umhuldet hätten. Und heute ist dieselbe Presse und sind dieselben Parteien schon wieder bereit, für eben diese Abenteuer auf neue einzutreten, die in die Grube gefallen sind, welche sie beinahe ihrem ganzen Volk gegraben haben. Heute ist es wieder die „Not unserer Baltikstruppen“, für die um Gefühle geworden wird, heute tauchen schon wieder die berühmtesten Talente der Nation auf, und ein deutschnationales Blatt entblödet sich nicht, folgenden Satz zu drucken: „Soll im Stich gelassen, scheint den monatelang siegreichen Schirmern der Heimat jetzt eine Katastrophe bevorzustehen, deren Wirkung für Ostpreußen und das Reich sich nicht absehen läßt.“ Es wird Sache der Regierung sein, dieser sich hier anbahnenden, geradezu unglaublich verlogenen Legende innerpolitisch entgegenzutreten, als würden hier verbittene Männer vom Vaterlande schlicht behandelt. Außenpolitisch ist das Wort von den siegreichen Schirmern der Heimat geradezu eine Schamlosigkeit. Die Führer dieser Abenteuer haben monatelang das Deutsche Reich in die unerschrockensten Gefahren geführt; ihnen verdanken wir die Ostpreußenkriege, ihnen die Sperren von Lebensmittelverrichtungen und Krediten. Sie haben das große Beispiel geliefert für den Vertragsbruch Deutschlands und seine erneuten imperialistischen Aspirationen. Ihre wegen Kosten aller Verhandlungen, haben wir kein Entgegenkommen in der Kriegsgeschichte ertragen und müssen wir und zum Teil Noten gefallen lassen, wie die letzte der Entente. So sehen diese Helden der Heimat aus, die in Wirklichkeit beinahe Verächter der Heimat geworden wären. Kein Wort ist zu stark, um ihre Vergehen und die ihrer Lobpreisler zu kennzeichnen. Es ist unbedingte Notwendigkeit, daß die Hauptabteilungsleiter dorthin kommen, wo sie hingehören. Nicht vor den Staatsgerichtshof, sondern vor ein Kriegsgericht, das für die Verbrechen der Fahnenflucht und der Meuterei zuständig ist. Sicher wird die Regierung irreguläre Mannschaften nicht ebenso behandeln, wie diese Führer, deren volle Verantwortung nicht verwischt werden darf. Aber auf ein solches mit allem Nachdruck hingewiesen: diejenigen Kräfte, die das baltische Abenteuer, insbesondere die Mannschaften- und Munitionsnachschube, überhaupt erst ermöglicht haben, sind heute noch zum Teil am Werk und im Amt. Wir haben Grund zu der Annahme, daß sie auch jetzt die Räumungsfrage nach militärischen Gesichtspunkten betrachten, nicht nach den einzig maßgebenden politischen, die nur lauten können: keinen Mann und keine Patrone mehr fürs Baltikum! Die Reichsregierung würde die letzte Möglichkeit einer relativen Liquidation und damit einer freien Bahn verschließen, wenn sie den oben gekennzeichneten Kur-Militärs erlauben wollte, aus den berühmten strategischen Gründen Truppenteile über die Grenze zu verschieben. Was sich im Baltikum abspielt, muß von innen ausgehtelt werden, die es sich eingebrockt haben. Die landesmännische Olke und das Geschick des Mittelbalt darf im Interesse des Volkes erst diesseits der Grenze zu Wort kommen.

Wir können ausnahmsweise erklären, daß wir mit der Sprache des offiziellen Organs vollkommen einverstanden sind. Wir müssen aber verlangen, daß entsprechend diesen Erklärungen auch gehandelt wird. Wir müssen verlangen, daß die Forderung eines Kriegsgerichts für die Hauptabteilungsleiter nicht auf dem Papier bleibt, sondern auch zur Tatsache wird. Wir müssen verlangen, daß die Regierung gegenüber den sich immer stärker regenden Forderungen nach einer tatkräftigen Unterstützung der baltischen Meuterei an dem Grundsatz festhält: Keinen Mann und keine Patrone mehr für das Baltikum! Wir müssen aber auch verlangen, daß die Öffentlichkeit aufgeklärt werde über die Mittelung, daß jene Kräfte, die das baltische Abenteuer, insbesondere die Mannschaften- und Munitionsnachschube überhaupt erst ermöglicht haben, heute noch zum Teil am Werk und im Amt sind. Die hier mitgeteilte Tatsache ist uns nicht neu. Wir haben fortgesetzt darauf hingewiesen, daß die Hauptschuldigen an dem baltischen Abenteuer hier in Berlin in Amt und Würden sitzen. Wir sind auch darüber unterrichtet, welche Personen am Werke gewesen sind, um die Verbindung zwischen den baltischen Abenteurern und den amtlichen Stellen in Berlin aufrecht zu erhalten. Nun aber, wo in dem amtlichen Organ der Regierung offen angegeben wird, daß diese Hauptschuldigen zum Teil noch ihr verbrecherisches Werk fortsetzen, müssen wir mit aller Entschiedenheit verlangen, daß die Öffentlichkeit endlich die volle Wahrheit über diese Dinge erfährt. Hier ist es mit allgemeinen Wendungen und halben Andeutungen nicht getan. Heraus mit den Namen dieser Personen! Heraus mit den bisher geheimgehaltenen Tatsachen, die das baltische Abenteuer erst möglich gemacht haben! Nur, wenn die Regierung volle Aufklärung über diesen Punkt schafft, nur, wenn sie hier energisch durchgreift, wird man ihr Glauben schenken können, daß es ihr ernst ist mit der Liquidation jener verbrecherischen Macht, die uns den neuen Zusammenbruch im Osten beschert hat.

Die Verhandlungen mit Sowjetrußland.

T.U. Stockholm, 24. November.

Die baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen haben mit Litwinow, dem Vertreter der Sowjetrepublik, über die Rückführung ihrer Gefangenen verhandelt. Nach der Rückkehr Litwinows von Kopenhagen soll ferner über die Einstellung der Feindseligkeiten verhandelt werden. Wie der Korrespondent der „Frankf. Zig.“ erzählt, wird dabei aber keinesfalls mit dem Abschluß eines Friedens mit Sowjetrußland, sondern höchstens eines Waffenstillstandes mit Einrichtung neutraler Zonen und scharfer Grenzkontrollen geredet. Die Möglichkeit eines solchen Waffenstillstandes ist aber abhängig

von der Zustimmung der Entente. Auf eine entsprechende Anfrage hat diese weder verneinend noch bejahend geantwortet. Frankreich ist jedenfalls scharf dagegen. England warnt zunächst den Ausgang der Verhandlungen mit Litwinow ab.

Der Mord an den Matrosen.

Wo bleibt die Anklage gegen Reinhard?

Wie das „Berliner Tageblatt“ zu melden weiß, soll auch der Oberst Reinhard als Zeuge in dem Prozeß gegen den Oberleutnant Karloh geladen werden. Ob diese Meldung richtig ist, wissen wir nicht. Jedenfalls hegen wir gegen das ganze kriegsgerichtliche Verfahren das allerhöchste Mißtrauen, und dieses Mißtrauen wird auch nicht durch die Vernehmung des Obersten Reinhard gehoben werden können. Oberst Reinhard gehört nicht als Zeuge, sondern als Angeklagter vor Gericht!

Die Vertuschung.

Die amtlichen Nachrichtenstellen, die sonst flugs bei der Hand sind, wenn es gilt, eine ihnen unbequeme Wahrheit abzutreiben, haben durch unsere Enthüllungen über den Matrosenmord die neben den Obersten Reinhard auch die feurigen Staatsanwälte Weichmann und Jumbroich in der schwersten Weise kompromittieren, die Sprache verloren. W. T. S. weiß lediglich zu berichten, daß die Hauptverhandlung gegen den Oberleutnant Karloh etwa drei Verhandlungstage in Anspruch nehmen wird. Sechzig Zeugen seien geladen. Bei dieser Gelegenheit wollen wir gleich mitteilen, daß eine große Anzahl von Personen, die bei der Ermordung zugegen war, und die äußerst wertvolle Angaben zu machen hat, bisher noch keine Ladung erhalten hat. Wir wollen nicht annehmen, daß diese Leute absichtlich übersehen worden sind und erworten deshalb, daß das Versteckteste schnell nachgeholt wird.

Auch Herr Heilmann nimmt sich jetzt der Angelegenheit an. Er tut das natürlich auf seine Weise, und zwar läßt er die Warnung ergeben, die Anklagen und Beschuldigungen nicht voreilig als Tatsachen anzusehen. Er glaubt bei dieser Gelegenheit auf die Erschießung der Vorwärts-Parlamentäre hinweisen zu müssen, um hierbei zu behaupten, daß die gegen den Major v. Stephani erhobenen Beschuldigungen sich ebenfalls als nicht wahr herausgestellt hätten, wenigstens sei der Hauptzeuge Helms verrückt gewesen.

Herr Heilmann soll sich doch nicht so dumm stellen. Denn Helms ist nicht der einzige Zeuge, der der Erschießung der „Vorwärts“-Parlamentäre beigewohnt hat. Wenn der Untersuchungsanspruch dessen Mitglied Herr Heilmann ist, an der Aufhellung der Wahrheit ein Interesse hat, so würde er jederzeit eine große Anzahl Zeugen finden, die nicht verrückt sind und unter ihrem Eid bekunden können, daß die Vorwärts-Parlamentäre in der grausamsten Weise mißhandelt und erschossen wurden. Etwas mehr Neugierde hätte also Herr Heilmann in seiner Eigenschaft als Mitglied des Untersuchungsanspruches nicht schaden.

Er behauptet übrigens, daß gegen den Major Stephani ein Strafverfahren wegen Mord schwebt. Uns ist diese Tatsache neu. Wenn es aber tatsächlich zu einem Prozeß gegen den Major v. Stephani kommen sollte, so wird Herr Heilmanns mangelhaftes Wissen sicherlich bereinigt werden können.

Die Sehnsucht nach dem Kaiser.

Einer der reaktionärsten Truppenteile der Reichswehr ist die Marinebrigade von Loewenfeld. Ihr Kommandeur hat vor einigen Wochen den Truppen die Vereidigung verboten und die Begründung dafür jener alldutschen Sudelchrift entnommen, die in der Nationalversammlung einigen Staub aufgewirbelt hat. Natürlich hat sich Herr Loewenfeld dadurch nicht das Vertrauen des Rostke verlohren. Im Gegenteil, er ist von ihm ausdrücklich ermächtigt worden, Reuanwerbungen für seinen Truppenteil vorzunehmen und er tut dies, indem er folgende Aufrufe in der Schule verbreiten oder an die Schüler per Post verschicken läßt:

Deutsche Jugend, fühlst Du die Schmach der Zeit? Siehst Du die Heimat untergehen, zerfällt von Menschen, die der Wahnsinn treibt? Was Millionen von Feinden mit dem Schwert in der Faust nicht fertig gebracht, den Wählern und Hehern im eigenen Lande ist es gelungen, durch sie sind wir wehrlos und erlos geworden.

Soll das Opfer der Wehr, die lachend in den Tod gingen für Deutschlands Ehre, vergebens geblieben sein?

Sollen und dürfen Leute die Geschichte des deutschen Volkes leiten, die gewissenlos Millionen von Deutschen verraten und fremdem Joch überliefern haben?

Soll der Wahnsinn über die Vernunft triumphieren?

Nein! Nie und nimmer!

Wir wollen Deutschlands Ehre wieder aufrichten, die alten deutschen Farben, die uns in zahllosen Schlachten zum Sieg geführt.

Wir glauben an eine schöne große Zukunft, wir glauben daran und tingen darum.

Deutsche Jungen, deutsche Männer, an Euch ergeht der Ruf in das Vaterland, schweigt die Feinde an den Grenzen, Feinde, die noch schlummer sind, im Innern. Wenn Ihr den Mut habt, für unsere Ueberzeugung einzutreten, wenn Ihr Euer Vaterland liebt, es stärken und mit aufbauen helfen wollt, wenn Ihr bedenkenlos die persönlichen Vorteile denen der großen heiligen Sache zurückstellen könnt und wollt, dann

meldet Euch sofort mündlich oder schriftlich bei der 4. Komp. Mar. Regim. 5. III. Mar. Brigade „von Loewenfeld“ früher Freiw. Sturm-Abt. „Schützungsheim“.

Hochachtungsvoll sofort zugesandt.

Tretet sofort ein, denn die Zeit drängt! Stellt Eure Kräfte in den Dienst der großen Sache. Opfer ein Jahr, es wird nicht umsonst sein.

Ob Ihr Soldaten werdet, oder nicht, ist gleich, auf Eure Bestimmung kommt es an, auf Euren Willen. Euer Herz wollen wir haben und das muß deutsch sein!

Ihr findet hier gewissenhafte Pflichtenklärung, treue Kameraden, treue Führer, heilige Vaterlandsliebe und die Sehnsucht nach geordneten Verhältnissen und nach dem Kaiser!

Nur Gleichgesinnte wollen wir haben, getreu unserem Wahlpruch:

„Standhaft und treu!“

Hier wird also ganz offen ausgesprochen, daß die Marinebrigade für die Wiederkehr des Kaisers kämpfen will. Das „Tageblatt“, das übrigens den Abiath vom Kaiser unterdrückt, fragt naiv, wer die Kosten für dieses Flugblatt trägt, wer die Fabrikschne bezahlt und was geschehen soll, um solche Scherereien aus der Schule

fernzuhalten? Nun, die Kosten trägt das Volk, das sich den Loewenfeldern, die auch bei dem Hindenburgmord dabei waren, beschimpfen lassen muß. Und von der Schule aus wird gegen diese Scherereien nichts unternommen, weil sie den Direktoren hoch willkommen sind und Herr Gaensch über diese Geister ebenso wenig Herr wird wie Herr Rostke über seine Monarchistenoffiziere.

Der Zusammenbruch Deutschösterreichs.

Die Kohlen- und Ernährungsnot bedrückt alle Staaten Europas. Deutschland, das kohlenreichste Land des Kontinents, muß dank der mangelnden Organisationsfähigkeit seiner Verkehrsbehörden aus Kohlenmangel immer neue Fabriken stilllegen, immer weitere Tausende von Arbeitern auf die Straße setzen und sieht sich dadurch mehr und mehr der Möglichkeit beraubt, die zur Einfuhr der dringend nötigen Lebensmittel erforderlichen Exportartikel bereitzustellen, so daß die Valuta aus diesen wie auch aus anderen Gründen weiter und weiter sinkt. Aber was für das kohlenreiche Deutschland nur in beschränktem Maße zutrifft, drückt Deutschösterreich, einen Staat, der kaum acht Wochen im Jahre von seinen Bodenprodukten leben kann, der keine nennenswerte Bodenschätze, keine exportfähige Industrie besitzt, noch weit mehr.

Deutschösterreich, dieses Kunstprodukt des Ententeimperialismus, dem seine Bevätern bei der Geburt Dilemma und damit eine bessere Zukunft versprochen, steht heute vor einer Ernährungs- und Hungersnot, wie sie schimmer nicht gedacht werden kann; Kartoffeln und Fleisch sind praktisch aus der Reihe der rationierten Lebensmittel verschwunden, die Brotration ist in dieser Woche auf die Hälfte der bisherigen minimalen Quote herabgesetzt worden. Die Kohlennot hat in den letzten Wochen wiederholt zu einer für den Millionenstaat katastrophalen Stilllegung der Lichtversorgung und Verkehrsinstitute geführt. Allein im Wiener Stadtbezirk ist die Zahl der Todesfälle von 30 000 im Jahre 1914 auf fast 60 000 im Jahre 1918 gestiegen, und noch einer „Vorwärts“-Meldung wird bei etwa 30 v. H. aller Toten Unterernährung festgestellt. Tuberkulose und Säuglingssterblichkeit haben sich vervielfacht. So war es schon bisher und heute weiß Wien nicht, wovon es sich in der nächsten Woche ernähren soll, wobei es die Kohlen der nächsten Tage für Hausbrand und Industrie in dem geringsten Maße beschaffen soll.

Verzweifelte Hilferufe bringen aus dem sterbenden Wien nach Deutschland: An Stelle der von der Entente versprochenen und ausgebliebenen Lebensmittelverrichtungen erbittet es leihweise Brotgetreide von Deutschland. Die deutsche Regierung hat trotz ihrer eigenen Noilage diesen Wunsch erfüllt und vorläufig 5000 Tonnen Mehl zugesagt.

An Deutschösterreich zeigt sich die Schuld des Imperialismus: Losgelöst von seinem alten Wirtschaftsorganismus, von der Entente gewaltsam gehindert, die einzigen lebenserhaltenden Verbindungen mit Deutschland oder Ungarn einzugehen, sieht es sich auf die Wohltätigkeit des Auslandes angewiesen, und wie weit diese geht, zeigt sich am wachsenden Ruin des Landes: Das versandbereite Mehl darf nicht nach Italien eingeführt werden, weil die Entente herrscher aus kapitalistischen Gründen die Genehmigung zum Einkauf der Mehlverrichtungen, die Kohlen, von Deutschland und Polen geliefert, können nicht ins Land, weil die Tschechoslowakei (angehört aus Lokomotivmangel) 30 Kohlenzüge in Oberberg zurückhält; die in Rotterdam und in deutschen Rheinhäfen lagernden für Oesterreich bestimmten Lebensmittel können nicht weiter befördert werden, weil die deutsche Regierung unwillig ist, ihren Verkehrsorganismus wieder in die Höhe zu bringen.

So bietet Deutschösterreich ein Schauldespiel für die Folgen der imperialistischen Weltpolitik. Nachdem die Entente durch Abtrennung aller lebensfähigen Teile des alten Kaiserreichs einen lebensunfähigen Rumpfstaat geschaffen hat, zwang sie ihm den Frieden von St. Germain auf, der ihm die letzten Lebensmöglichkeiten raubte. Dies zeigt sich heute ein Jahr nach seiner Gründung. Deutschland aber ist nicht in der Lage, seinen südöstlichen Nachbar vor dem Hungertod zu bewahren. Um so mehr ist es die Pflicht der Entente, die die Isolierung Oesterreichs erzwingen hat, für seine Sanierung Sorge zu tragen. Nichts gibt es, das es selbst ausreichend produziert mit Ausnahme von Holz. Jeder Import drückt nur weiter seine Valuta, so daß heute schon die Fertigfabrikate für Rohprodukte höher als die Preise der Fertigfabrikate sind. Der Zusammenbruch ist seine vorübergehende Erscheinung; er ist die natürliche Folge einer rein kapitalistischen Politik und nichts kann ihn abwenden, nichts kann das deutschösterreichische Volk vorm Hungertod bewahren als die Revision der Friedensbedingungen und die Lieferung aller nötigen Produkte durch die Entente.

Wen Roste rehabilitiert.

Die „Täg. Rundschau“ meldet:

„Oberleutnant Herrgott, gegen den in München vor einigen Wochen die Rechtssozialisten ein Reskript veranlaßten, so daß Herrgott als Kommandeur des Schützen-Regiments zurücktreten mußte, ist von Roste rehabilitiert und die Rechtssozialisten als Unrechthaber ins Unrecht gesetzt worden. Oberleutnant Herrgott wurde als Reskript des Reichswehrministeriums nach Berlin gerufen.“

Dieser Oberleutnant Herrgott hat in München nicht nur nationalsozialistische Treiberien begünstigt, er hat sich auch den Anordnungen der vorgesetzten Regierungsstellen direkt widersetzt. Jetzt übersteigt Roste seine eigenen Vorlieben, indem er Herrn Herrgott nach Berlin und in seine nächste Umgebung beruft.

Domela Nieuwenhuis gestorben.

Der holländische Anarchist Domela Nieuwenhuis, 78 Jahre alt, gestorben. Er war früher Pariser, machte sich aber bald durch seine radikale Weltanschauung unbeliebt. Er ließ seine Predigeramt nieder und wollte der Befreiung der Arbeiterklasse dienen. Die ersten Anfänge der sozialistischen Bewegung fanden Domela Nieuwenhuis als Führer. Später schied er sich zum Anarchismus.

Theater und Vorstellungen.

Volkshaus. Theater am Ballhofplatz, 7 1/2 Uhr: Paul Lenz u. Tom Teräsvirt.

Opernhaus. Violetta. Anfang 7 Uhr.

Opernspielhaus. Maria Stuart. Anfang 6 Uhr.

Königsgrätzer Straße. Theater am Ballhofplatz. 7 1/2 Uhr: Schloß Wetterstein. 9 Uhr: Schloß Wetterstein. 11 Uhr: Schloß Wetterstein.

Romäntheater. 7 Uhr: „Sie“. 9 Uhr: „Sie“. 11 Uhr: „Sie“.

Berliner Theater. 7 1/2 Uhr: Hummel-Studenten.

Deutsches Theater. 7 Uhr: Jankob's Traum. 9 Uhr: Die Mädchen der Pandora.

Lessing-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Mädchen der Pandora.

Deutscher Kunst-Theater. 7 1/2 Uhr: Die Mädchen der Pandora.

Neues Operettenhaus. 7 1/2 Uhr: Die Mädchen der Pandora.

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Das Gesetz.

Casino-Theater. 7 1/2 Uhr: Das Gesetz.

Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: Das Gesetz.

Wintergarten. 7 1/2 Uhr: Das Gesetz.

Residenz-Theater. 7 1/2 Uhr: Das Gesetz.

Residenz-Theater. Täglich 8 Uhr zum 327. Male: Das höhere Leben.

Triana-Theater. Täglich 8 Uhr: Maskerade.

Königsgrätzer-Theater. Täglich 8 Uhr: Maskerade.

Theater am Ballhofplatz. Täglich 8 Uhr: Maskerade.

Circus Busch. Täglich 7, Sonntags 3 u. 11 Uhr. Schlager über Schlager!

Schaubühne. Moritzplatz. Heute: Gr. Ringkämpfe.

Fortuna-Lichtspiele. Mollerstrasse 12e. Heute: Die Braut des Cowboy.

Apollon-Theater. Friedrichstr. 218. Heute: Die Welt im Jahre 2000.

Walhalla-Theater. Heute: Die Braut des Cowboy.

Wintergarten. Heute: Die Braut des Cowboy.

Residenz-Theater. Heute: Die Braut des Cowboy.

Opernhaus. Heute: Die Braut des Cowboy.

Opernspielhaus. Heute: Die Braut des Cowboy.

Königsgrätzer-Theater. Heute: Die Braut des Cowboy.

Theater am Ballhofplatz. Heute: Die Braut des Cowboy.

Theater i. d. Königsgrätzer Straße. Am Donnerstag, 27. November, 1/8 Uhr: Zum 25. Male: Schloß Wetterstein.

Lehrer-Vereinshaus. Sonntag, den 30. November 1919, abends präzise 7 Uhr. Zweiter großer heiterer Abend erster Künstler.

Arbeiter! Parteigenossen! In wenigen Tagen erscheinen...

Karl Liebknechts Briefe. aus dem Felde, aus der Untersuchungsanstalt und aus dem Zuchthause...

Baruch Fennstr. 48. Metallschmelze.

Metallkontor. Höchste Preise über Tageskurs. Platin, Gold, Silber.

Damenrolspelzmantel. hohelegant, schwarze, schwere Seide...

Polzwaren-Haus. Rosenthaler Str. 44/45. Polzwaren, Metallwaren.

Platin Silber Quecksilber Kupfer. Sämtliche Metalle. Zahngebisse.

Ausdem Kern des Leders schneiden wir Sohlen und Fleder für **Reparaturen**. Unsere eigene Werkstatt, mit allen technischen Neuerungen ausgestattet, liefert **rasch u. preiswert**. Jedes Paar wird gebügelt.



Leiser Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT“ e. G. m. b. H. Abteilung Buchhandel. Goethes Werke, 4 Bände 20.—. Reuters „ 4 „ 20.—. Schillers „ 4 „ 20.—. Shakespeares „ 4 „ 20.—. Lessings „ 2 „ 10.—. Lenaus „ 1 Band 5.—. Elegant gebunden. Besonders zu Geschenkzwecken geeignet.

Metallankauf. Kupfer, Messing, Zinn usw. Gold, Silber, Platin. Metallschmelzwerk, Waldemarstr. 74.

Möbel auf Kredit. Kleinstes Anzahlung. — Beste Abzahlung. — Grösste Flexibilität. Einzelne Möbel werden bereitwillig abbezahlt.

Spezial-Arzt für Geschlechtskrankheiten. Dir.: Löser senior, Rosenthaler Straße 69-70.

Wenn alles streikt auch noch so viel, beim Waschen streikt nicht Boraxil. Krüsch G.m.b.H. Berlin S.W. Zimmerstr. 13.



SCHAUSPIELBURG AM POTSDAMER PLATZ KÖNIGGRÄTZER STR. Tendenzfilm für Abschaffung der Todesstrafe **Todesurteil** Uraufführung 26. Dezember bis 4. Januar 1920.

Residenz-Lichtspiele. Blumenstr. 10. Lotte Neumann. Kriegerischer Tausch.

Zochers Lichtspiele und Kaffee. Wrangelstr. 53. Das Herz des Casanova. 2. Joe Deebis in „Die närrische Frau“.

Prozesse. Alexanderstr. 45. Musikalische Darbietungen.

Gewerkschaftliches.

Die Vorstandswahl im Eisenbahngewerbe.

Die Berliner Eisenbahner haben am Sonntag vormittag eine Vorstandswahl vorgenommen. Der zweite Vorsitzende des Zentral-

vorstandes Linke erklärte nach erfolgter Wahl, sie sei rechtmäßig gewählt, und von Seiten des Zentralvorstandes könne jetzt nichts mehr eingewendet werden.

Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar. Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar.

Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar. Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar.

Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar. Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar.

Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar. Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar.

Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar. Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar.

Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar. Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar.

Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar. Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar.

Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar. Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar.

Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar. Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar.

Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar. Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar.

Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar. Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar.

Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar. Die Wahl wurde durch den Zentralvorstand über das Wahlergebnis wird der Zentralvorstand nicht nachvollziehbar.

um so gemeinsam die Interessen der Postbediensteten zu wahren und zu vertreten. Nach förmlichen Auseinandersetzungen wurde einstimmig unter förmlichen Jurisden eine Entscheidung angenommen, wonach die Haltung der Reichspostverwaltung schärf getadelt wird. Der Vorstand des Zentralverbandes wird beauftragt, bei der Reichspostverwaltung auf Einleitung von Verhandlungen zu dringen. Wird diesem Verlangen nicht entsprochen, soll das Lohnamt beim Reichspostministerium angerufen werden.

Der Kampf um die Sonntagsruhe.

Am Donnerstag, den 20. d. M. besaßte sich eine gut besuchte Versammlung der Gewerkschaftsangehörigen mit dem Angelegenheit der Sonntagsruhe. Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet. Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet.

Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet. Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet.

Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet. Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet.

Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet. Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet.

Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet. Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet.

Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet. Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet.

Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet. Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet.

Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet. Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet.

Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet. Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet.

Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet. Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet.

Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet. Die Verhandlung wurde durch den Vorstand des Zentralverbandes geleitet.

selber nachzuweisen brauchen. Die Patienten machen gar kein Geht daraus, offen zu erklären, daß dem Vorstand nichts an ihnen liegt, er vielmehr sie los sein will. Dem Vorstande ist es lässig, daß er nicht wie früher unumwunden herrschen kann, weil die Patienten auf ihr Selbstbestimmungsrecht bestehen. Deshalb die Maßnahmen, die die Versicherten auf das schwerste schädigen. Der Zweck der ganzen Versicherung wird dadurch beeinträchtigt. Es ist ein Unglück, daß an der Spitze dieser Verwaltung ein Mann wie Dr. Freund steht, der nur haunend und reaktionär wirkt.

Roskes Verordnung vor Gericht.

Am Abend des 5. November d. J. fand eine Versammlung der Straßenbahner statt, um zum Generalkonferenz Stellung zu nehmen, falls das Gewerkschaftsgericht sich für denselben entschiebe. Der Gen. Deuben, der Mitglied der erweiterten Ortsverwaltung der Metallarbeiter ist, kam auf Einladung in die Versammlung, um den Straßenbahner über den Stand des Metallarbeiterstreiks Auskunft zu geben. Er erinnerte hierbei die Straßenbahner an ihre Solidaritätspflicht, falls der Generalkonferenz erklärt würde. Am nächsten Morgen in aller Frühe wurde er aus dem Bett heraus verhaftet, in das Polizeigefängnis in der Dircksenstraße eingeworfen und einige Tage später, nachdem Roske sich nicht für Schulhaft entschieden, in das Untersuchungsgefängnis gebracht.

Am letzten Freitag mußte Deuben sich nunmehr zusammen mit den ebenfalls nach jener Versammlung verhafteten Straßenbahner Reichenhauer und Reih vor dem außerordentlichen Kriegsgericht des Landgerichts II wegen Vergehens gegen Roskes Streikverordnung verantworten.

Als Zeugen waren zwei Kriminalbeamte erschienen, welche sich in die Versammlung unerkannt eingeschlichen hatten. Die Angeklagten hielten eine große Zahl Entschuldigungsreden. Gleich im Anfang der Verhandlung wurde festgestellt, daß Roskes Verordnung vom 5. Januar erst am 6. Januar veröffentlicht war, also am 5. Januar abends überhaupt nicht galt. Obwohl kein gerichtlicher Hauptbeschluss, ja noch nicht einmal ein Strafbeschluss der Staatsanwaltschaft vorlag, erklärte das Gericht die Inhaftierung der Angeklagten für rechtmäßig. So sahen die außerordentlichen Kriegsgerichte sich über die zweifelsfreien Bestimmungen der Strafprozeßordnung über Verhaftung einfach hinweg.

Schließlich beantragte der Vertreter der Anklage selbst Freisprechung. Ein Geheh gegen welches sich die Angeklagten vergangen hätten, habe gar nicht bestanden. Die Verteidiger wiesen darauf hin, wie die Organe des Oberkommandierenden ohne Rücksicht auf die Gesetze alljährlich Verhaftungen ausführen. Der Staat müsse den Verhafteten, deren Ursprung erwiesen sei, Entschädigung leisten.

Das Gericht sprach die Angeklagten frei und verurteilte den Staat, ihnen die Kosten der Verteidigung zu ersetzen.

Wir bemerken hierzu, daß die Verordnung Roskes, welche die Propagierung des Streiks der Straßenbahner unter sonstiger „Lebenswichtigen“ Betriebe unter Strafe stellt, überhaupt verfassungswidrig ist. Die Verfassung enthält in Art. 109 „Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Vereinigungen und Maßnahmen, welche diese Freiheit einschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.“ Dieses Grundrecht kann nach Art. 48 der Reichsverfassung nicht einmal der Reichspräsident außer Kraft setzen.

Erwerbslosenfürsorge. Zur Erwerbslosenfürsorge sind abermals weitere Ausführungsbestimmungen notwendig geworden. Kriegsteilnehmer sind unbeschadet einer vorläufigen vorübergehenden Unterstüfung in ihrem Lebensunterhalt immer in dem Orte zu unterstufen, in dem sie vor ihrer Einziehung zum Heere gemohnt haben. Nach einer Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums ist es nicht angängig, die Erwerbslosenunterstufung in Fällen zu gewähren, in denen die Arbeiter abwechselnd eine Woche arbeiten und eine Woche feiern.

Arbeiterkursus für Material, Plastik und Seidenen. Am Montag, 1. Dezember, abends 7 Uhr, beginnt in der Kraut-

gebunden war er, durch die feierlichen Versprechen, die er Lizze, der Mutter seiner Kinder gegeben hatte.

Er blickte sich um, und sah einen Mann, der ebenfalls an Händen und Füßen gebunden war, — gebunden durch die Erinnerung an einen Schlag ins Gesicht, der ihm das Rückenbein gebrochen und drei Vorderzähne eingeschlagen hatte. Der wilde Bill bemerkte wie ein Polizist ihn beobachtete, bereit, beim geringsten Vorwand auf ihn loszustrüzen, und er verharrte stumm, reglos, gleich Jimmie. Die beiden mußten zusehen, wie des Unrechtes der amerikanischen Bürger gepötte, wie die Freiheit unter den Füßen einer brutalen Soldateska in den Staub getreten, wie die Gerechtigkeit in ihrem Allerheiligsten vergewaltigt und erbrockelt wurde. — Dies wenigstens war im Reedviller „Arbeiter“ zu lesen, der „Herold“ hingegen behauptete — was auch der Ansicht von neun Zehnteln seiner Leser entsprach —, daß endlich die Kräfte der Ordnung und des Anstandes in Reedviller gefestigt hätten, die Propaganda der Hunnen für immer germalmt sei, und die Aufwiegler und Verräter die wuchtige Hand der allgemeinen Empörung zu spüren bekommen hätten.

IV.

Da die Gefangenen in den Vollzeitzügen gestochen wurden, umtobte sie eine höhnende Menge; die Polizei jedoch trieb die Leute auseinander und verhinderte auch erfolgreich, daß auf der Straße Reden gehalten wurden. Jimmie und ein halbes Dutzend seiner Genossen schlenderte planlos die Hauptstraße entlang; sie besprachen das Vorgefallene, wobei jeder erklärte, weshalb auch er sich nicht die Märtyrerkrone verdient habe. Etliche hatten ebenso laut gebrüllt wie die übrigen, waren aber von der Polizei unbeachtet geblieben, andere hatten es für klüger gehalten, davonzulassen, um noch weitere Tage zu erleben, da sie ihre Stimme erheben können. Einige wollten auch sofort ein Flugblatt drucken lassen und eine zweite Massenversammlung organisieren. Sie begaben sich nach Tom's „Buffeteria“ um gemeinsam zu beraten; schon hatten sie sich an den kleinen Tischen niedergelassen, jeder seine Portion Milch, Kaffee, Sandwich oder Nudeln vor sich, und besprachen eben die Möglichkeit, ohne Unterstufung des Genossen Dr. Serdive, die Sanktion für die Gefangenen zu erlangen, als sich etwas ereignete, das alle Gedanken an das Meeting im Nu verstreute.

(Fortsetzung folgt)

Groß-Berlin.

Zur Schließung der Voelker Heilstätte.

Der Vorstand der Landesversicherung hat sich zur Schließung der Anstalt öffentlich noch nicht vernehmen lassen, auch nicht darüber, daß den Patienten vom Kohlenkommissar Hilfe zugesagt wurde, das Socke des Vorstandes gewesen wäre.

Es wird uns berichtet, daß der Vorstand der Landesversicherung in einem Telegramm an den Arbeitsminister und dem Kohlenkommissar am 15. November, in dem um Kohlen ersucht wird, erklärt habe, daß die Anstalt Voelker noch für 15 Tage, also bis zum 19. November 1919, Kohlenvorrat hätte. Im September habe der Reichskohlenkommissar dem Vorstand erklärt, daß alles getan würde, um die Schließung der Anstalt zu verhüten.

Als am Donnerstag den Patienten die Schließung der Anstalt bekanntgegeben worden ist, sind die Patienten schmerzhaft davon überrollt worden. Frauen fielen in Krämpfe und es soll eine Frau Schwarz in der Folge gestorben sein.

Dem Vorstand liegt es sehr im Magen, daß die Patienten sich durch Vertreter an die zuständige Reichsstelle gewendet haben. Er hat verfügt, daß die Reichsstellen nur noch mit dem Vorstand verkehren und das sich deshalb die Patienten nicht mehr nach Berlin bemühen sollen. Hätte der Vorstand seine Pflicht erfüllt, hätten die Patienten nicht

Nun trat Genossin Mabel Smith, die Schwester des Redakteurs, vor. „Wohl Wohl! Ihre Stimme gelte auf. — Nein, ich werde nicht schweigen! Ich protestiere im Namen der Redefreiheit. Ich erkläre...“ Und als ein Polizist auch sie festnahm, schrie sie aus voller Kehle, und ihre Worte vertriehen die Menge zur Raserei auf.

Die ganze Jubelstimmung ward von gewaltiger Aufregung egriffen. Genossin Frau Gerrity sprang auf einen Sessel und protestierte. Jimmie Higgins stand zufällig neben ihr und sein Herz erbeute vor seltsamen, halbvergessenen Gefühlen, als er die schmutze, tierliche Gestalt mit dem federgeknüpften Hut betrachtete.

Genossin Evelyn Baskerville aus Greenich Village, mit dem weiligen Haar, den beszaubernden Grinsen und den kühnen erschreckenden Ideen, sie, die Jimmie Higgins Seele zermüht und fast die Häuslichkeit der Higgins zerstört hatte, da stand sie, und wendete eine neue Art der Koketterie an, vermittelnd welcher sie drei gewehr- und bajonettbewaffnete Soldaten vollumf in Anspruch nahm.

Genossin Mary Allen, die Quälerin, welche Gewalt verabschaute und nur an die moralische, durch das Ohr eingehende Recht glaubte, erhob sich, rothbändernd, die Arme voll Flugblätter, und erklärte: „Ich protestiere im Namen der Freiheit und der Gerechtigkeit! Ich werde nicht zulassen, daß mein Land in den Krieg getrieben werde, ohne mein Protestrecht auszuüben. Hier sitze ich in einer sogenannten christlichen Stadt; ich spreche im Namen des Friedensfürsten...“ Und so weiter, und so weiter, während etliche äußerst verlegene junge Männer in Stasi zu gleicher Zeit ihre Hintern und eine argirrimte schreiende Quälerin festzuhalten versuchten.

Auch Genosse Schneider, der sich mit den übrigen Sängern auf der Bühne befunden hatte, trat vor. „Haben wir in Amerika keine Rechte mehr! Dürfen wir hier...“ „Wohl's Maul, du Hunne!“ brüllte eine Stimme, und drei Polizisten stürzten sich auf den Genossen Schneider, packten ihn so heftig am Kragen, daß sein feils rotes Gesicht unheimlich blau und violett zu leuchten begann.

Armer Jimmie Higgins, da stand er mit seinem Stroh Flugblätter, bebend vor Aufregung, mit jeder Faser noch Kampf verlangend, gepeitscht, seine Stimme zu erheben, wie ein Mann für keine Ueberzeugung einzusetzen, oder wenigstens wie Genossin Mabel Smith, oder Mary Allen, aber die Genossin Gerrity, geborene Baskerville, doch ach, hilflos zum Schweigen verdammt, an Händen und Füßen

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

Der junge Professor setzte sich und wuschte den Schweiß von der Stirn. Der Niederkrans stimmte ein Lied an, er schien eigentlich nicht mehr Wiederkrans, sondern nannte sich „Arbeiter“. Nachdem das Lied beendet war, erhob sich der Redakteur des „Arbeiter“, Genosse Smith, und verkündete, daß die Versammlung werde der Redner fragen beantworten und aus dieser Verlesung ging Genosse Smith ein Wort zu einer Rede über und forderte, die Arbeiter sollten nicht durch Sondlungen befunden, daß sie nicht hiermit seien, sich in den Krieg zerrren zu lassen. Er erklärte, daß er selbst werde sich nicht in mindesten einer Kriegsdienstverweigerung beteiligen lassen — habe bereits eine Dienstverweigerungsvereinigung beigetreten. Es wurde keine Zeit mehr übrig, was geschieden sollte, mühte sich der Redner.

Da ereignete sich plötzlich ein Zwischenfall. Diesmal war es kein alter Soldat, der die Versammlung störte, sondern ein Polizeibeamter, welcher vortretend rief: „Die Versammlung ist aufgelöst!“

„Wie?“ schrie der Redner. „Die Versammlung ist aufgelöst?“ lautete die Antwort, und die, junger Mann, lud verhasst. Die Menge brüllte auf. Aus dem Orchesterraum, von dem aus sonst melodische Wellen strömten, sprang plötzlich ein blauschwarzes Wesen, sprang jählings auf den Redner und Publikum. Zu gleicher Zeit kamen ein Dutzend Soldaten durch den Mittelgang marschierend, das Gewehr in der Hand, mit aufgepflanzten Bajonetten.

„Dies ist eine Schmach!“ rief Genosse Smith. „Mein Wort mehr!“ herrschte ihn der Polizeibeamte an, und zwei Polizisten packten den Redner am Arm, um ihn fortzuführen.

Genosse Gerrity sprang auf die Bühne. „Ich protestiere!“ rief er, „wir halten hier eine geknuppelte Versammlung.“ Ein Polizist legte ihm die Hand auf die Schulter. Die sind verhasst.

Genosse Gerrity sprang auf die Bühne. „Ich protestiere!“ rief er, „wir halten hier eine geknuppelte Versammlung.“ Ein Polizist legte ihm die Hand auf die Schulter. Die sind verhasst.

Genosse Gerrity sprang auf die Bühne. „Ich protestiere!“ rief er, „wir halten hier eine geknuppelte Versammlung.“ Ein Polizist legte ihm die Hand auf die Schulter. Die sind verhasst.

Genosse Gerrity sprang auf die Bühne. „Ich protestiere!“ rief er, „wir halten hier eine geknuppelte Versammlung.“ Ein Polizist legte ihm die Hand auf die Schulter. Die sind verhasst.

Genosse Gerrity sprang auf die Bühne. „Ich protestiere!“ rief er, „wir halten hier eine geknuppelte Versammlung.“ Ein Polizist legte ihm die Hand auf die Schulter. Die sind verhasst.

Genosse Gerrity sprang auf die Bühne. „Ich protestiere!“ rief er, „wir halten hier eine geknuppelte Versammlung.“ Ein Polizist legte ihm die Hand auf die Schulter. Die sind verhasst.

